



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 11. Juli 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Michael Obert war in Libyen und hat für *titel, thesen, temperamente* der ARD Bilder von den dortigen Gefangenenlagern eingefangen. Seine Aussage: „Das ist die Hölle für mich.“ Die libysche Küstenwache ist zum Türsteher der EU avanciert, sie wird noch weiter gefördert, die Gefangenenlager ausgebaut werden.
<http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/videos/sendung-vom-09072017-video-102.html> (09.07.17)
- ... währenddessen werden 35 Menschen vermisst. Sie waren vor der libyschen Küste mit ihrem Fluchtboot gekentert. 85 weitere Menschen wurden von der libyschen Küstenwache aufgegriffen.
<https://www.welt.de/newsticker/news1/article166433377/Dutzende-Fluechtlinge-nach-Bootsunglueck-vor-libyscher-Kueste-vermisst.html> (08.07.17)
- ... 45 Millionen Euro sind es, die die EU an die libysche Küstenwache zahlen will nach dem Italien um Unterstützung bat. 85.000 Menschen erreichten dieses Jahr bereits Italien, 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Besonders irrsinnig reagierte die österreichische Regierung auf Italiens Hilferuf: die Schließung des Brennerpasses wurde angekündigt. Auch Emmanuel Macron, neu gewählter Präsident Frankreichs, sich gern als Liberaler inszenierend, verweigert aber das Anlaufen von Schiffen an französischen Häfen. Der ins Gespräch gebrachte Verhaltenskodex für NGO-Rettungsschiffe sieht vor, dass Gerettete nicht mehr an staatliche Schiffe übergeben werden dürfen. Außerdem sollen Telefonate und Lichtsignale zwischen Schleuser*innen und Retter*innen verboten werden. Diese aber sind essentiell für die Rettung von Menschen, von „Zusammenarbeit“ könne keine Rede sein. Die NGOs sollen selber Häfen ansteuern. Damit würden Einsatzkräfte zur Seenotrettung reduziert, so Sea Watch. Das bedeute mehr Tote. Amnesty International warnt die EU. Sie steuere auf eines der tödlichsten Jahre vor ihren Küsten zu. PRO ASYL fordert währenddessen die Bundesregierung auf, Geflüchtete aus Italien aufzunehmen anstatt darüber nachzudenken, Gefangenenlager auszubauen.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-europa-eu-bietet-italien-geld-schliesst-aber-die-grenzen/20018342.html> (04.07.17)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/fluechtlinge-italien-verhaltenskodex-hilfsorganisationen> (06.07.17, unten ein Video mit Wiebke Judith, asylpolitische Referentin von Amnesty International über aktuelle Entwicklungen zu Fluchtursachen und -routen)

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/internationale-konferenz-in-italien-deutschland-muss-mehr-fluechtlinge-aus-italien-holen/20025926.html> (06.07.17)

<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/italien-ein-todesurteil-fuer-tausende-fluechtlinge-a-1309325> (06.07.17)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-amnesty-international-attackiert-eu-a-1156175.html> (06.07.17)

- Die irakische Armee meldet, sie habe Mossul wiedererobert. Neun Monate lang kämpfte sie dort gegen den sogenannten „Islamischen Staat“. Der Wiederaufbau der Stadt wird Zeit, Geld und Kraft kosten. Die politische Elite in Mossul sowie der umliegenden Provinz Niniveh galt schon vor der Herrschaft des IS als korrupt, die Jugend soll durch den IS radikalisiert worden sein. Zudem sei fraglich, wie sich der IS entwickle. Als Untergrundorganisation könne er weiterhin in Mossul und im ganzen Irak präsent sein. Amnesty International wirft dem IS wie der irakischen und der unterstützenden US-Armee Menschenrechtsverletzungen vor. Der IS habe Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde benutzt, die gegnerischen Streitkräfte hätten ihre Taktik nicht entsprechend angepasst. Es seien weiterhin unverhältnismäßig schwere und wenig präzise Waffen zum Einsatz gekommen. Amnesty fordert eine unabhängige Kommission, die völkerrechtliche Verstöße untersuchen solle.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/mossul-irak-islamischer-staat-amnesty-international-usa-koalition> (11.07.17)
- Beim G20-Gipfel in Hamburg konnten sich die versammelten Staats- und Regierungschef*innen auf die üblichen Phrasen einigen: „Fluchtursachen bekämpfen“ und „wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern fördern“. Tatsächlich wollen sie die „Bedürfnisse von Fliehenden und Migrant*innen“ berücksichtigen. Die Kritik, die auch in Hamburg an diesen hohlen Worten laut wurde, konnte in der öffentlichen Wahrnehmung aus Gründen nicht recht durchdringen.
<https://www.tagesschau.de/inland/g-zwanzig-beschluesse-101.html> (09.07.17)

Bund, Land, Kommune

- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 sind 90.389 Fliehende in Deutschland eingereist. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschied im selben Zeitraum 408.100 Asylanträge. 21% erhielten den Flüchtlingsstatus, 17% den subsidiären Schutz, 7% ein Abschiebeverbot, 39% wurden abgelehnt, 16% der Anträge nicht inhaltlich geprüft (zum Beispiel wegen der Dublin-III-Verordnung). 111.600 Neuansprüche wurden gestellt.
<http://www.taz.de/Neue-Asylantraege-in-Deutschland/!5428024/> (07.07.17)
- Die Beratung zur „freiwilligen Rückkehr“ verläuft ohne asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratung, Geflüchtete erhalten den Eindruck, sie hätten nur noch die eine Option der Rückkehr. Daran regte sich Kritik von Caritas, Paritätischen Wohlfahrtsverband wie Sächsischem Flüchtlingsrat. Von Januar bis Mai kehrten in diesem Jahr knapp 600 Menschen derart in ihre Herkunftsländer zurück, in 2016 waren es im Vergleichszeitraum 927.
<https://mephisto976.de/news/die-freiwillige-rueckkehr-ins-fluchtland-61338> (04.07.17)
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Weniger-Fluechtlinge-kehren-freiwillig-aus-Sachsen-in-ihre-Heimatlaender-zurueck> (04.07.17)
- Die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, befürwortet die sachseninterne Wohnsitzauflage. Damit wäre es möglich, dass auch anerkannte Geflüchtete in den ihnen zugewiesenen Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten verbleiben müssten. Wie in teils ländlichen, eher feindseligen Regionen Sachsens, in denen kaum noch junge Menschen leben und wo es kaum Arbeit gibt, Integration gelingen soll, bleibt fraglich.

<http://www.sz-online.de/sachsen/kommt-die-wohnsitzaufgabe-fuer-fluechtlinge-3720097.html>
(05.07.17)

- Das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens verzeichnet einen Zugang an Anträgen auf Kirchenasyl aus den Gemeinden. In 2016 wurden 50 Anträge gestellt, im ersten Halbjahr 2017 waren es bereits 70. 17 Fälle von Kirchenasyl hat die evangelische Landeskirche ermöglicht.
<http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Mehr-Anfragen-von-Fluechtlingen-nach-Kirchenasyl>
(04.07.17)
- Die Ermittlungen gegen die Dresdner Initiative „Mission Lifeline“ die plant, ab September mit eigenem Boot und Besatzung Menschen im Mittelmeer zu retten, wurden eingestellt.
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/staatsanwaltschaft-stellt-ermittlungen-gegen-fluechtlingshilfverein-mission-lifeline-dresden-ein-100.html> (03.07.17)

Hintergrund und Meinung

- Die Balkanroute gilt offiziell als geschlossen, doch sie ist aktiv. Das zeigt diese Reportage der *Zeit*. Mit den geschlossenen Grenzen begann das Geschäft der Schleuser*innen richtig zu florieren. Preise und Profite steigen mit dem Risiko. Noch mehr Menschen werden nun unter lebensgefährlichen Bedingungen in Lastwägen und Busse gepfercht. Ein österreichischer Kriminalbeamter erläutert, wie das Schleusergeschäft organisiert ist: Fahrer*innen und „Einteiler*innen“ seien in direktem Kontakt zu den Fliehenden, die „Checker“ würden auf den Autobahnen und Straßen vorausfahren und schauen ob Kontrollen drohten. Zudem seien sie in Kontakt mit den „Obercheckern“, den Organisator*innen. Diese Strukturen seien international weit vernetzt und gut organisiert. Gefasst würden oftmals nur die Fahrer*innen, maximal die „Checker“. Die Schutzsuchenden müssen sich auf diese Organisationen verlassen und gehen dabei das Risiko ein, zusammengeschlagen oder für Lösegeldforderungen festgehalten zu werden. Laut dem Belgrader Zentrum zur Hilfe für Asylsuchende seien auf der Balkanroute eher lokale Schleuser*innen aktiv. Fliehende müssten dann selber ihre weitere Flucht organisieren. Weiterhin berichtet die *Zeit* neben den bekannten Vorfällen an der serbisch-ungarischen auch von gewalttätigen Übergriffen an der serbisch-kroatischen Grenze.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/fluechtlinge-balkanroute-schlepper-serbien> (04.07.17)
- Zwölf Tage lang war Mariam Lau von der *Zeit* mit der Crew der Sea Eye auf dem Mittelmeer unterwegs. Flüssig beschreibt sie die Organisation auf dem Schiff, den Galgenhumor und kritische Situationen. Besonders interessant: eine interne Crewdiskussion darüber, ob sich näher an die libysche Küste gewagt werden solle – dort wo die libysche Küstenwache durchaus auch zu Beschuss von Booten neigt.
<http://www.zeit.de/2017/28/fluechtlinge-mittelmeer-retter-schlepper> (05.07.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

